

Kampf gegen Drogen

Im Kampf gegen ein westafrikanisches Drogennetzwerk hat die thailändische Polizei zwei Mitglieder festgenommen, die thailändische Frauen als Drogenkuriere missbrauchen. Den Frauen werden Jobs als Hausmädchen oder Kellnerinnen im Ausland versprochen, meistens in Indien, dem Knotenpunkt des pakistanischen oder afghanischen Drogenschmuggels. Wenn sie im Ausland eintreffen, werden sie dazu gezwungen Drogen in andere Länder, wie China oder die USA, zu schmuggeln. Die Drogen werden in Taschen oder Schuhen versteckt, aber nicht selten werden die Frauen auch dazu gezwungen sie zu schlucken. Den meisten Opfern der Drogenschmuggler bleibt nichts anderes übrig als die Jobs auszuführen, weil sie keine Möglichkeit haben nach Thailand zurückzukehren. Mittlerweile sind 58 thailändische Frauen in China und zehn Frauen in Indien beim Drogenschmuggel erwischt und verhaftet worden. Viele von ihnen wurden zum Tode verurteilt, weil ihnen die Beweise fehlen, dass sie zum Drogenschmuggel gezwungen wurden. Die Verhaftung der beiden Mitglieder des Drogennetzwerkes sei, laut Polizei, aber nur die Spitze des Eisberges, man setzte alles daran die führenden Köpfe des Netzwerkes zu fassen. Gleichzeitig werde man versuchen den thailändischen Frauen in Indien und China zu helfen, ihre Unschuld zu beweisen. Die thailändische Drogenbekämpfungsbehörde arbeitet dabei eng mit dem Außenministerium zusammen.

vgl.: bangkokpost.com, 16.2.2009

Amnestie-Gesetz eingebracht

Die Puea Thai Partei hat einen Gesetzesvorschlag eingebracht, nach dem verurteilten Politikern Amnestie gewährt werden soll. Kritiker behaupten dahinter stehe nur der Versuch, den im Exil lebenden Ex-Premierminister Thaksin Shinawatra vor einer Haftstrafe wegen Wahlbetrugs zu schützen. Auch anderen ehemaligen Mitgliedern der aufgelösten Thai Rak Thai Partei käme dieses Gesetz zugute – ihnen wurde fünf Jahre Berufsverbot erteilt.

Die Demokraten unter Premierminister Abhisit Vejjajiva lehnen diesen Gesetzesvorschlag ab, während die Koalitionspartner,

Bhumjaitai und Chart Thai Pattana, den Vorschlag wahrscheinlich unterstützen werden. Die Amnestie-Frage werde, laut des Premierministers, innerhalb der Koalition diskutiert werden. Vorrangig beschäftigen sich die Partei jedoch mit den derzeitigen ökonomischen Problemen, politische Fragen, speziell solche die Politiker betreffen, kämen erst danach. Der Premierminister zeigte sich zuversichtlich, dass er das Anliegen der Oppositionspartei noch zu Fall bringen kann, bevor es im Parlament besprochen wird.

vgl.: bangkokpost.com, 16.2.2009

Chemielobby auf dem Vormarsch

Das Industrieministerium geriet unter scharfe Kritik als es 23 hochtoxologische Chemikalien und radioaktive Materialien von der Liste der gefährlichsten Substanzen genommen hat. Gleichzeitig wurden 13 Pflanzen, die als natürliche Düngemittel eingesetzt werden, als gefährlich eingestuft und verboten. Der Behörde wird von Landwirten und Gesundheitsvertretern vorgeworfen, dass mit diesen Maßnahmen Interessengruppen aus der Chemieindustrie geholfen werden soll. Denn natürliche Düngemittel sind günstig und nicht giftig, durch die Zulassung der 23 giftigen Substanzen würde jedoch eine Förde-

rung multinationaler Chemiekonzerne erfolgen. Im Mittelpunkt steht hierbei insbesondere Schwefel. Schwefel wird bei der Herstellung von Autoteilen benötigt und wurde 1992 auf die Liste gefährlicher Substanzen gesetzt und verboten. Rückwirkend würde mit der Streichung zehn Firmen, die im letzten Jahr Schwefel illegal importierten, Straffreiheit gewährt werden. Aufgrund zahlreicher Proteste veranlasste der Staatssekretär für Industrie ein Treffen, auf dem die Streichung der natürlichen Pestizide noch einmal diskutiert werden soll.

vgl.: bangkokpost.com, 17.2., 18.2.2009

Begrenzter Wasservorrat

Der Sommer 2009 soll lang und trocken werden. Schon jetzt herrscht eine große Dürre in den nördlichen Provinzen. Im Distrikt Phichit Sam Ngam sind rund 4.600 Dörfer in 19 Provinzen von der Trockenheit betroffen, das sind 116 mehr als im Vorjahr 2008. Durch diese Dürreperiode kam es bereits zu Auseinandersetzungen zwischen Bauern um die Wasser-

vorräte. Dabei wurden einige Bewässerungskanäle zerstört.

Darüber Hinaus ist die Gegend anfällig für Waldbrände. Die Provinz Chiang Mai ist dabei am stärksten betroffen, hier brachen 262 Feuer aus. Die Bevölkerung leidet unter der starken Luftverschmutzung, die Schäden in den Lungen verursacht.

vgl.: bangkokpost.com, 16.2.2009

Der reichste Minister

Laut einem Bericht der nationalen Anti-Korruptionskommission ist Finanzminister Korn Chatikavanij, das reichste Mitglied des Kabinetts. Korn gab offiziell an, dass sein Nettovermögen sich auf 692,4 Millionen Baht (ca. 15,1 Millionen Euro) belaufe. Zusammen mit seiner Frau kommt er auf ein Gesamtvermögen von 807 Millionen Baht (ca. 17,6 Millionen Euro) und führt damit die Liste der reichsten Minister an. Auf Platz zwei rangiert der Justizminister Pirapan Salirathavibhaga. Er selbst

verfügt zwar »nur« über ein Vermögen von 261,6 Millionen Baht (ca. 5,7 Millionen Euro), mit seiner Frau zusammen, verfügt das Ehepaar allerdings über ein Gesamtvermögen von 710 Millionen Baht (ca. 15,5 Millionen Euro). Premierminister Abhisit Vejjajiva und seine Frau haben es dagegen mit einem Nettovermögen von 51,7 Millionen Baht (ca. 1,1 Millionen Euro) gerade einmal auf Platz vier der Liste der reichsten Kabinettsmitglieder geschafft.

vgl.: bangkokpost.com, 13.2.2009

Flughäfen schreiben Verluste

Thailands Flughäfen verzeichneten im letzten Quartal 2008 insgesamt einen Verlust von 48 Millionen US-Dollar. Grund dafür war, neben der schwachen Konjunktur der Weltwirtschaft, die Blockade beider Flughäfen in Bangkok durch die Unruhen Ende des Jahres 2008. Die Demonstrationen gegen die Regierung dauerten mehr als eine Woche, bis zum 14. Dezember 2008, an. Die Blockade verhinderte angeblich den Besuch von 3,4 Millionen Touristen. Das besu-

cherfreundliche Image Thailands ist damit in eine Krise geraten. Laut einer Zentralbank-Studie werden im Jahr 2009 rund neun Prozent weniger Touristen erwartet als im Vorjahr. 2008 kamen noch rund 13 Millionen Touristen ins Land. Die Tourismusindustrie macht derzeit fünf Prozent des BIP aus. In diesem Bereich sind zwei Millionen Menschen (etwa sieben Prozent der Arbeitskräfte) beschäftigt.

vgl.: www.atimes.com, 16.2.2009

Begnadigung

Der australische Buchautor Harry Nicolaidis wurde in Thailand am 18. August 2008 festgenommen und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Ihm wird vorgeworfen in seinen Roman »Verisimilitude« Majestätsbeleidigung verübt zu haben. Eine Straftat, die in Thailand mit bis zu 15 Jahren Haft geahndet werden kann. Er saß fast fünf Monate in Untersuchungshaft in Bangkok und wurde wie ein Schwerverbrecher behandelt. Insgesamt wurde er zu drei Jahren Haft verurteilt. Laut dem Richter sei das die Minimalstrafe. Erst nachdem Harry Nicolaidis sich öffentlich entschuldigt und seine »Tat« gestanden hatte, kam es zur

Begnadigung durch den König am 17. Februar 2009. Der Autor befindet sich inzwischen auf dem Weg in seine Heimat.

Giles Ji Ungpakorn drohte ein ähnliches Schicksal. Der Universitätsprofessor geriet durch seine öffentliche Kritik gegenüber der Monarchie in seinem Buch »A Coup for the Rich« unter den Verdacht der Majestätsbeleidigung. Aus Angst vor der harten Bestrafung floh Giles Anfang Februar 2009 nach England. Er sagte, er habe in Thailand nicht mit einem fairen Prozess rechnen können.

vgl.: bangkokpost.com, 12.1.2009; guardian.co.uk, 9.2.2009

Burmesische Flüchtlinge vertrieben

Anfang Januar 2009 sind in indischen und indonesischen Gewässern hunderte Bootsflüchtlinge aus Burma gerettet worden. Sie trieben über 20 Tage lang auf offener See und hatten nur knappe Lebensmittel- und Wasservorräte an Bord. Die meisten waren völlig entkräftet und erschöpft, viele kamen ums Leben. Bei den Flüchtlingen handelt es sich um das burmesische Minderheitenvolk der Rohingya. Schätzungsweise 750.000 Rohingyas leben im Westen Burmas an der Grenze zu Bangladesh, werden aber von der Militärjunta nicht als Bürger des Landes anerkannt. Sie unterliegen dort starker Repression, werden verfolgt und misshandelt. Daher bleibt ihnen oftmals nur die Möglichkeit das Land zu verlassen. Viele von ihnen fliehen über Thailand in andere muslimische Länder.

Nun werden schwere Vorwürfe gegenüber der thailändischen Regierung laut. Die Geretteten berichteten, dass sie vor der Küste Thailands gestoppt, von der thailändischen Marine misshandelt und danach auf dem offenen Meer ausgesetzt wurden. Die thailändische Regierung hat lange die Vorwürfe zurückgewiesen, hat letztlich aber die Anschuldigungen bestätigen müssen. Premierminister Abhisit Vejjajiva ist inzwischen nach Indonesien gereist, um eine Lösung für die dort gestrandeten Bootsflüchtlinge zu finden. Darüber hinaus versprach er, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Das Flüchtlingsproblem soll auf dem ASEAN-Gipfeltreffen thematisiert werden. Menschenrechtsorganisationen fordern eine Lösung für die staatenlosen Rohingyas.

vgl.: bangkokpost.com, 13.2., 20.2.2009;

Tagesspiegel, 27.1.2009;

nachrichten